

## Kommentar – Petition zum ÖRR im Bayerischen Landtag

Am 25.11.2020 wurden mehrere Petitionen zum ÖRR im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Bayerischen Landtag behandelt und im Live-Stream übertragen.

### Das Verfahren schockierte.

Herr Alex Dorow (CSU) hat als Hauptberichterstatter alle Bittgesuche und Anträge rigoros abschmettert. Herr Dorow war viele Jahre lang beim BR beschäftigt und hat faktisch nichts anderes getan, als die Position seines alten – und ggf. neuen – Arbeitgebers zu vertreten und seine eigenen, überbordenden Zusagen zur Altersversorgung zu verteidigen.

Christian Flisek (SPD) machte einen hochgradig aversen Eindruck. Er nutze seine Redezeit, um mit Nachdruck auszuführen, dass so ein Material – wie in Petitionen zum ÖRR immer wieder vorgetragen – gar nicht in diesem Ausschuss behandelt werden sollte. Der Vortrag eines Petitionenten, das BVerfG hätte politisch abhängig entschieden, rügte er als Angriff auf die Verfassung.

Flisek (SPD): „Und man muss bei manchen Petitionen alleine auf Grund des Duktus deutlich herausarbeiten, dass es nicht irgendwelchen kritischen Auseinandersetzung mit dem ÖRR-Wesen ist, sondern das damit dokumentiert wird, dass Leute ein generelles Probleme mit unserem staatlichen, insbesondere mit unserem Verfassungsgefüge haben. Wenn man hier sagt, das BVerfG hat eine politische Willkürentscheidung getroffen, dann sträuben sich da einem mittlerweile die Haare. Und mir ist grad der Gedanke gekommen, wenn wir hier jetzt in Zukunft immer hier so zwanzig Petitionen im selben Duktus haben zum Rundfunkwesen und zu den Gebühren, dann sollten wir vielleicht mal überlegen, ob wir nicht einen einschlägigen Unterausschuss bilden, der sich mit dieser Frage beschäftigt. Weil das nämlich ein wenig mehr die – äh – Konzentration und die Fokussierung auf die eigentlichen Fragen, die dieser Ausschuss vor Augen hatte, – äh – zielführend unterstützen würde.“

Ist die Dritte Gewalt in Deutschland tatsächlich unabhängig, ist sie nicht politisch?

„EuGH stellt fest: Deutsche Staatsanwälte sind abhängig von der Politik, nicht vom Gesetz – Ein Skandal ... Tatsächlich hat der EuGH damit gesagt, dass das deutsche Justizsystem nicht den westlichen Werten von Demokratie und unabhängiger Strafverfolgung gerecht wird. ... Da deutsche Staatsanwaltschaften den jeweiligen Justizministern der Länder unterstehen, seien sie nicht unabhängig von der Exekutive. ... .“ Quelle: The Epoch Times, 08.06.2019

Und

„Der EuGH watscht die deutschen Staatsanwaltschaften ab: Sie seien nicht ausreichend unabhängig von der Politik. Das Urteil ist hart, richtig und zukunftsweisend.“ Quelle: Süddeutsche, Heribert Prantl, 31.05.2019

Und: Bei Personalentscheidung zur Beförderung von Richtern spielt die Politik eine zentrale Rolle. Ein Blick auf die Berufungsverfahren z.B. zum BVerfG sprechen für sich.

Verfassungsrichter, die zu Urteilen des ÖRR gerichtet haben, haben zudem vom ÖRR Geld bekommen. Der „Vater des Rundfunkbeitrags“ und der Vorsitzende des Ersten Senats waren brüderlich miteinander verbunden. Befangenheit? Niemals! Der Anwalt eines Klägers sagte nach dem Urteil des BVerfG vom 18.07.2018: Das war ein politisches Urteil!

Tausende Klagen gegen den Rundfunkbeitrag, hunderte Klagen gegen die Sauereien eines Herrn Böhmermann wurden abgeschmettert. Gegen die potentiellen Missetäter im öffentlich-politischen Sektor gibt es aber in der Regel **keine** Anklage!

Der SPD-Vertreter will sich das nicht einmal mehr anschauen, sondern schiebt die Petitionen pauschal in die Ecke von möglichen Verfassungsfeinden.

Nachdem sich die Bundes-CDU in Sachsen-Anhalt eingeschaltet hat, bleibt nun die Frage: Gibt es bereits Absprachen zwischen z.B. AKK (CDU) und dem Umfeld von Stephan Harbarth (CDU)?

Frau Kurz (Grüne) gab sich sozial sensibilisiert, wehrte aber dennoch im schwarz-grünen „Doppelpossenspiel“ zusammen mit Herrn Dorow jede Petition grundsätzlich und in allem ab. Sie ging so weit, zu insinuieren, dass der Auftrag vom Beitrag rechtlich zu trennen sei. Das ist völliger Unsinn, denn der Auftrag definiert die primären Kostentreiber für den Beitrag. Der Vorsitzende der KEF hatte dazu klar ausgeführt, dass die Anpassung des Auftrags der generische Auftrag der Landespolitik ist!

Stimmen die Berichte, nach denen Franz Untersteller (Grüne) – Umweltminister? und Wilfried Kretschmanns (Grüne) rechte Hand – mit 60 „Sachen“ zu viel geblitzt wurde? Stimmt es, dass die Hamburger Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) vorgab, auf Malta Flüchtlinge zu besuchen, um statt dessen einen Hummer-Schmaus über 250 Euro dem Steuerzahler in Rechnung zu stellen – „Bewertungsanlass Flüchtlingsrettung“? ... dass Sylvia Löhrmann 2017 vor einem Wahlkampftermin kurzerhand von ihrem teuren Audi-A8-Dienstwagen in ihr Hybrid-Auto wechselte? ... dass es ein Ermittlungsverfahren gegen den Hamburger Grünen Michael Osterburg wegen Veruntreuung von 67.900 Euro gibt? ... dass Lasse Petersdotter (Grüne) seinen Parteifreunden rät, eine Anfrage zum ÖRR zu ignorieren und dabei den internen e-Mail-Verkehr veröffentlicht, aus dem deutlich hervorgeht, dass die Grünen Abgeordneten offensichtlich weisungsgebunden sind? ... dass die Finanzministerin, Monika Heinold (Grüne), in S-H beim NDR wie eine Sektiererin exklamierte: „Unser Haushalt 2018 atmet Zukunft“? ... und dass ab da eine Milliarde nach der anderen, Milliarde um Milliarde, – für die Bürger völlig intransparente – massiv immer weitere Schulden gemacht werden?

Frau Kurz (Grüne) ist Mitglied des Rundfunkrats des BR. Aus dieser Funktion heraus werden nicht nur vorzügliche Pauschalen und Sitzungsgelder abgegriffen, sondern wie selbstverständlich nur Positionen vertreten, die im Sinne des ÖRR sind und jede Strukturveränderung beim ÖRR unmöglich machen. Frau Kurz nutzte ihre Redezeit, um Studierende auf YouTube zu locken, die Plattform, auf der das BVerfG mit Urteil vom 18.07.2018 Auftritte des ÖRR ausdrücklich und vehement verhindern wollte, in denen aber faktisch das weitere Metastasieren des ÖRR durch Grüne massiv beschleunigt wird. Die Bundestagsabgeordnete Frau Tabea Rösner (Grüne) war Mit-Initiatorin von „Erst kommt der Auftrag, dann der Beitrag“. Das war eine getarnte Lobbyisten-Veranstaltung, um z.B. das Killerspiel gegen Maskenverweigerer für Kinder oder FICKT-EUCH auf FUNK zu ermöglichen. Frau Rösner war einst u.a. Redakteurin beim ZDF. Wieder eine Trojanerin,

die im Sinne des ÖRR handelt und in finanzieller Verbindung zu diesem steht. Den Auftrag „grün“ erweitern und die Bürger dafür zahlen lassen. Der ÖRR revanchiert sich. Robert Habeck – „Jack!“ – war nicht umsonst meist geladener Talk-Gast beim ÖRR, dicht gefolgt von Annalena Baerbock – „Jack!“. Einer wie Boris Palmer (Grüne) – „Ralph!“ – hat seinen eigenen Kopf zum Denken. Er ist nicht „WIR“, er ist die „ANDEREN“. Und deshalb muss er weg! Nach den Erfahrungen 2011 haben die Grünen eine aggressive Kehrtwendung zum ÖRR hingelegt. Macht-gegen-Geld dominiert das symbolische Eins.

„ARD-Volontäre wählen zu über 90 Prozent Rot-Rot-Grün“ ist das Ergebnis einer einschlägigen Studie. So wird der richtige Nachwuchs rekrutiert, um „Die HerrInnen der Fliegen“ richtig in Szene zu setzen. Vielfalt und Pluralität sind beim ÖRR Scheinwelten. Der ÖRR ist nicht Institution der Allgemeinheit für die Allgemeinheit, sondern das Primat aus Geld- und nackter Machtgeilheit.

Was hier vorbereitet wird ist der Untergang einer wertebasierten Zivilgesellschaft. Es ist Ideologie, Inkompetenz, Hybris, Doppelmoral und nackte Korruption!

Aufsichtsfunktionen rentieren sich. Bei WDR werden an die Räte über 3.000 Euro pro Monat zuzüglich der Sitzungsgelder ausgeschüttet. Herr Dorow und andere – vom ÖRR Bevorzugte – behaupten dann, dass Einsparpotentiale erkannt und längst gehoben worden seien. Da wird so getan, als sei faktisch schon alles gemacht worden.

Tom Buhrow, Intendant des WDR, ist Chef der größten #MeToo-Veranstaltung der Republik, die unter der langjährigen Aufsicht der 3.000-Euro-Räte so erst entstehen konnte.

Konsequenzen? Keine!

Herr Ulrich Singer (AfD) schien der Einzige im Ausschuss des Bayerischen Landtags zu sein, der Willens und in der Lage war, sich inhaltlich mit den verschiedenen Petitionen zum ÖRR – vorbereitet und kompetent – auseinanderzusetzen.

Und da ist dann wieder das „Wir“, die Guten, gegen die „Anderen“, die Bösen, die Rechtspopulisten und Nazis.

Wann merken die Sozialdemokraten endlich, dass ihr Spin den Informations- und Debattenraum zerstört und sachbezogenes Arbeiten zum Wohle des Landes völlig ausgehebelt wird?

FAZIT: Der ÖRR hat über all seine Verbündeten. Sind Politiker einmal gewählt, stehen sie nur noch im Dienst derer, die ihre Macht und Einnahmen sichern. Dazu ist ihnen – wie das System ÖRR zeigt – fast jedes Mittel recht. Die „WIR“ sind die Guten und herrschen über die „ANDEREN“, die Bösen.

Das Framing Manual hat jeden sach- und fachorientierten Diskurs unmöglich gemacht.

Das zentrale Dokument des Seins des ÖRR – WIR SIND EINS – zerstört Demokratie.

*Die vollständige Transkription findet sich unter: [www.beitragszwang.de](http://www.beitragszwang.de)*